



Landtag NRW Dipl.-Ing. Reiner Priggen MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Greenpeace
Gruppe Aachen
z.H. Frau Ulrike Bickel
z.H. Philip Gauglitz
Welt-Haus
An der Schanz 1
52064 Aachen

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 2295
Telefax (0211) 884 – 3503
eMail reiner.priggen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, **20. August 2009**

Beteiligung von Stadt und Kreis Aachen an neuem Kohlekraftwerk -Ihr Schreiben vom 07.08.2009

Sehr geehrte Frau Bickel,
sehr geehrter Herr Gauglitz,

herzlichen Dank für ihre Anfrage vom 7. August, die ich zugleich in Abstimmung mit Städteregionsratskandidat Dr. Thomas Griese, OB-Kandidatin Hilde Scheidt, sowie den Stadtrats- und Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantworte.

Wir teilen Ihre Einschätzung, dass die Klimaschutzziele der Bundesregierung mit einer 40%-igen CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2020 auf dem Papier als Anspruch gut aussehen, in der Realität aber die eingeleiteten Schritte überhaupt nicht zu diesem Reduktionsergebnis führen werden.

Gleiches gilt noch deutlicher für Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es zwischen dem realen Handeln der Landesregierung, die jeden weiteren Ausbau von Kohlekraftwerken unterstützt, die Windkraft bekämpft und den formulierten Klimaschutzziele, die die Bundesregierung vorgegeben hat, eine extreme Diskrepanz.

Aus unserer Sicht ist jeglicher weiterer Neubau von Kohlekraftwerken abzulehnen. Mit ihrer Laufzeit von 40 bis 50 Jahren werden alle weiteren Kohlekraftwerke bis 2050 und darüber hinaus in Betrieb sein, und damit ein Erreichen des notwendigen Reduktionsziels von 80% in 2050 unmöglich machen.

Wir sind im Gegensatz zu früheren Zeiten im Moment dabei, die Bundesrepublik Deutschland europäisch zum Exportland für Strom zu machen. Während früher die Import- und Exportbilanz mit unseren europäischen Nachbarn immer ausgeglichen war, exportieren wir zurzeit mit zunehmender Tendenz schon die Kapazität von vier Großkraftwerksblöcken ins europäische Ausland. Diese Exportkapazitäten werden durch den weiteren laufenden Zubau noch gesteigert werden. Jeglicher weiterer Zubau von Kohlekraftwerken richtet sich aber eindeutig gegen die Kraft-Wärme-

<http://www.reiner-priggen.de>

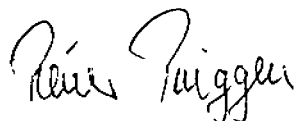
Kopplung (KWK) und gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die KWK auf Gasbasis, vor allem eingesetzt in den Innenstädten nach erfolgter Sanierung des Gebäudebestandes, wäre die strategisch richtige Antwort, um Emissionen zu reduzieren. Die KWK liegt aber nicht im Interesse der großen Stromkonzerne. Das Ausbauziel der Bundesregierung mit 25 % der Stromerzeugung über KWK bis 2020 ist angesichts eines derzeitigen KWK-Anteils von 10 % uneingeschränkt zu unterstützen.

Die Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien sind seitens der Bundesregierung mit 30% eher unterambitioniert angesetzt, und es besteht im Moment die ganz große Gefahr, dass man die Erzeugung der Erneuerbaren Energien abschiebt auf die Nordsee, was die Windkraft angeht, und in die Sahara, was die Fotovoltaik betrifft. Es darf aus unserer Sicht auf gar keinen Fall zu einem Abbruch der Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien in Deutschland kommen.

Die CO₂-Abscheidung (CCS) und Verpressung in den Untergrund in Schleswig-Holstein, wie sie als Rechtfertigung für weitere Stein- und Braunkohlekraftwerke forciert wird, halte ich für völlig unrealistisch. Es müssten rd. 160 Mio. Tonnen CO₂ jährlich über Pipelines aus NRW nach Norden geführt und dort verpresst werden, allein aus der Braunkohle täglich 255 000 Tonnen. Da ist die in diesen Tagen eingeweihte CO₂-Wäsche in Niederaußem mit ihren maximal 7 Tonnen Abscheidekapazität an CO₂ pro Tag eine lächerliche kosmetische Operation. Die sichere CO₂-Ablagerung im Untergrund ist nach den sicheren Atommüllendlagern ein weiteres Ewigkeits-Versprechen der Stromerzeuger.

Wir teilen Ihre im Grundsatz positive Einschätzung der Stadtwerke Aachen. Wir begrüßen auch die Trianel als Organisation von Stadtwerken, die sich in der Auseinandersetzung mit den großen vier Oligopolisten Verdienste erworben hat. Wir teilen aber auch ganz eindeutig Ihre Ablehnung des Ausbaus weiterer Kohlekraftwerke in Krefeld und Lünen. Ich habe immer persönlich bei einer Reihe von Podiumsdiskussionen in beiden Städten - auch streitig mit Vertretern der Trianel - diese kritische Position vertreten. An der Klimaschädlichkeit eines Kohlekraftwerks ändert sich leider auch nichts, wenn es von Stadtwerken gebaut wird. Wir werden uns als GRÜNE auch in Zukunft auf allen politischen Ebenen, im Bundestag, ich persönlich im Landtag, in der StädteRegion Aachen und auch im Rat der Stadt Aachen dafür einsetzen, dass keine weiteren Kohlekraftwerke gebaut werden und dass sowohl die Städteregion als auch die Stadt Aachen mit dem Einsatz für Energieeffizienz und die gesamte Palette der Erneuerbaren Energien ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Reiner Priggen MdL

Der Brief an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lautete:

GREENPEACE
GRUPPE AACHEN

Welt-Haus
An der Schanz 1
52064 Aachen
☎ 0241 – 88914 28
Email: aachen@greenpeace.de
Internet: www.greenpeace.de/aachen

An
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Aachen-Stadt
Franzstr. 34
52064 Aachen

Beteiligung der Stadt Aachen an neuen Kohlekraftwerken

Aachen, den 4.8.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der immer dramatischer werdenden Prognosen zum Klimawandel hat sich die Bundesregierung auf eine Reduktion der CO₂-Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 verpflichtet.

Die Einhaltung dieser Reduktionsverpflichtung ist keinesfalls gesichert - obwohl selbst diese Ziele leider nicht so ambitioniert sind, wie sie es aus wissenschaftlicher Sicht sein müssten, um Rückkopplungs-Effekte im Klimawandel zu verhindern.

Vor allem der Neubau von Kohlekraftwerken macht eine Einhaltung der Reduktionsziele zunehmend unrealistisch. Daran ändern auch ein höherer Wirkungsgrad und die Abschaltung von Altanlagen nichts.

Die Aachener Stadtwerke - in manchen Bereichen wie ihrem Einsatz für erneuerbare Energien durchaus innovativ und fortschrittlich - sind über TRIANEL neben dem Kohlekraftwerksbau in Lünen auch an der Planung eines Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen beteiligt.

Angesichts des immer schneller fortschreitenden Klimawandels darf dieses Kraftwerk in Krefeld auf keinen Fall auch noch gebaut werden! Es handelt sich bei der Kohlekraft keinesfalls um eine „Brückentechnologie“, wie von der STAWAG angeführt, sondern mit dem Kraftwerksbau würde für 40-50 Jahre eine nicht-nachhaltige Weichenstellung für fossile Energieträger getroffen – das Krefelder Steinkohlekraftwerk würde über Jahrzehnte jährlich zusätzlich 4,4 Mio.

